



# Die neuen Klassenkämpfe

*„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“ (Warren Buffett, 2006)*

John Evers

Erwachsenenbildner und Historiker

Nicht erst seit dem Beschluss des 12-Stunden-Tages sind GewerkschafterInnen mit einem „Klassenkampf von oben“ konfrontiert. Was etwa **Thomas Piketty** zum Thema der Entwicklung bzw. Polarisierung globaler Ungleichheit als langfristige Entwicklung dokumentiert hat, hält auch der Ökonom und Gewerkschafter Fritz Schiller für Österreich fest: „Seit Jahrzehnten haben sich die Machtverhältnisse schrittweise in Richtung Arbeitgeber verschoben.“ Als Indiz dafür führt er die sinkende Lohnquote an; diese ist seit 1975 um mehr als zwölf Prozentpunkte auf 63,2 Prozent gefallen. Auch die Ergebnisse der Lohnverhandlungen sind für ihn ein Anhaltspunkt: „Gemessen an der produktivitätsorientierten Lohnpolitik (auch be-

kannt als Benya-Formel), verloren die Arbeitnehmer seit 1975 mehr als 18 Punkte (gemessen am Tariflohnindex).“ Das ernüchternde Fazit: Die gesamtwirtschaftliche Produktivität ist zwar gestiegen, doch dieses Wachstum „kam selten den Arbeitnehmern zugute“. Für Schiller bedeutet die aktuelle Regierung deshalb nicht erst einen Beginn des „Klassenkampfes von oben“, sondern vielmehr eine „Verschärfung“.

## Unten gegen unten

Begleitend dazu wird auf ideologischer Ebene ein weiterer Klassenkampf durch das (Er)Finden bzw. Forcieren alter und neuer Sündenböcke geführt. Sein Motto lautet „unten gegen unten“. Ein Musterbeispiel dafür bot jüngst die Debatte rund um die Kürzungen des AMS und die „Reform“ der Mindestsicherung. „Es kann nicht Aufgabe der Allgemeinheit

sein, die zu finanzieren, die sich mit Ausreden beim AMS durchschummeln“, erklärte etwa Sebastian Kurz. Fast wortgleich meinte Heinz-Christian Strache dazu, dass man „Durchschummler“ nicht länger „durchtragen“ werde. Selbst der „Kurier“ rückte in seiner Berichterstattung diese Regierungspropaganda bereits durch wenige Fakten zurecht. So gab es 2016 insgesamt gerade einmal 236 „Totalverweigerer“, also Fälle, bei denen das Arbeitslosengeld komplett gestrichen wurde. Das Arbeitslosengeld wird durchschnittlich dreieinhalb Monate, die Notstandshilfe sechseinhalb und die Mindestsicherung für achteinhalb Monate ausbezahlt. In der Mindestsicherung erfolgt zudem bereits der viel diskutierte Vermögenszugriff bei den Betroffenen.

Die (rechts-)liberale Tageszeitung verweist aber bemerkenswerterweise auf die handfeste Ideologie in der De-